

Fast jeder Zweite für sofortige Verschärfung der Corona-Maßnahmen

Stand: 09:06 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Die Infektionszahlen steigen, die Omikron-Variante BA.5 breitet sich weiter aus – fast 50 Prozent der Deutschen sind deshalb für schärfere Corona-Maßnahmen. 43 Prozent hingegen lehnen das ab. Die Position in dieser Frage hat auch etwas mit dem Alter zu tun.

Angesichts steigender Infektionszahlen mit der Omikron-Subvariante BA.5 spricht sich fast jeder zweite Bundesbürger für eine schnelle Verschärfung der Corona-Maßnahmen aus. Laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag der „Augsburger Allgemeinen“ (<https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/umfrage-fast-jeder-zweite-wuenscht-sich-eine-sofortige-verschaerfung-der-corona-massnahmen-id63158301.html>) sind 49 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Corona-Regeln umgehend verschärft werden sollten.

Gegen strengere Vorschriften zum jetzigen Zeitpunkt sprechen sich 43 Prozent aus. Die restlichen acht Prozent antworteten unentschieden auf die Frage: „Sollten die aktuellen Corona-Maßnahmen Ihrer Meinung nach aufgrund der steigenden Infektionszahlen umgehend verschärft werden?“

Bei den Über-65-Jährigen fordern 62 Prozent der Befragten rasch schärfere Corona-Maßnahmen. Bei den unter 50-Jährigen ist mehr als die Hälfte dagegen.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach versprach Tempo bei der Neufassung des Infektionsschutzgesetzes. Im Frühjahr waren die Bestimmungen stark zurückgefahren worden, die jetzige bundesweite Rechtsgrundlage läuft am 23. September aus.

„Es wird ein schwerer Herbst werden, wir müssen vorbereitet sein“, sagte der SPD-Politiker am Freitag in den ARD-„Tagesthemen“. Er glaube, dass „wir mit der BA.5-Variante, die sich jetzt hier ausbreitet, große Schwierigkeiten bekommen werden“. Er rechne mit sehr hohen Fallzahlen, was auch zu einer Überlastung der kritischen Infrastruktur führen könne.

Einen Lockdown wie zu Beginn der Pandemie schloss Lauterbach im ZDF-„heute journal“ aus: „Das würden wir nicht wiederholen.“ Es könne aber sein, dass die eine oder andere Maßnahme wieder sinnvoll sei. Details wollte Lauterbach mit Hinweis auf vertrauliche Verhandlungen mit Justizminister Marco Buschmann (FDP) nicht nennen. Sie hätten mit einem anderthalbstündigen Gespräch am Freitag bereits begonnen. „Ich glaube, wir werden schnell sein“, betonte Lauterbach jedoch. In den nächsten Wochen werde man ein gutes Infektionsschutzgesetz ([/themen/infektionsschutzgesetz/](#)) vorbereiten.

Zur Eile mahnt auch der Deutsche Städtetag. „Die Ampel muss sich noch vor der Sommerpause einigen. Erst im Herbst ein Gesetzgebungsverfahren für ein neues Infektionsschutzgesetz zu starten, kommt zu spät“, sagte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Der Bund solle ermöglichen, dass „bei Gefahrenlage Maskentragen in Innenräumen verpflichtend möglich ist“, forderte Dedy. Auch Zugangsregelungen für 2G/3G gehörten in den Instrumentenkasten.

AFP/dpa/gub

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239694159>